

Protokoll der Stadtratssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 27.02.2024

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben. Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.su-ro.info/info.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Feststellung und Entlastung der Jahresrechnungen 2022 der Stadt Sulzbach-Rosenberg gem. Art. 102 Abs. 3 GO und der Bürgerspitalstiftung gem Art. 102 Abs. 3 GO i.V.m. Art. 28 BayStG

Beschlussvorschlag: 1.) Aufgrund der durchgeführten örtlichen Prüfungen stellt der Stadtrat (incl. Erster Bürgermeister als Stimmberechtigter) die Jahresrechnungen 2022 der Stadt Sulzbach-Rosenberg, gem. Art. 102 Abs. 3 GO und der Bürgerspitalstiftung Sulzbach-Rosenberg gem. Art. 102 Abs. 3 GO i.V.m. Art. 28 BayStG – wie in der Anlage 1 und 2 aufgeführt fest. 2.) Aufgrund der durchgeführten örtlichen Prüfungen stellt der Stadtrat (ohne Stimmrecht des Ersten Bürgermeisters) für die Jahresrechnung 2022 die Entlastung fest

Andreas Eckl (Finanzreferat): Sieben erfolgte Sitzungen unter Vorsitz von Stadtratsmitglied Reyzl, Ergebnisse der Prüfung decken sich mit eigenen Kenntnissen und Erfahrungen. Restliche offene Punkte werden in der neuen Rechnungsprüfungsperiode behandelt werden.

Karl Reyzl (CSU / JU): Anmerkungen als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses: Insgesamt 24 Prüfbereiche und 11 Beteiligungen zu behandeln, dazu folgende Feststellungen und Anmerkungen:

- Die Erfassung von Vermögensgegenständen ist nach wie vor unvollständig. Es wäre wichtig, wenn in den verschiedenen Referaten die dort vorliegenden Listen zu einer vollständigen Liste zusammen geführt werden.
- Die Kassenprüfung wurde angemahnt, die Stadt führe eine detaillierte Kassenprüfung nicht vollständig durch.
- Ein „ewiges Thema“ sind Probleme mit IT. Es bleibt die Frage, ob eine komplette Fremdvergabe der IT-Tätigkeiten nicht eine sinnvolle Variante wäre.
- Probleme bei Übergabe/-nahme von Zahlen vom Finanzamt, hängen auch mit Problemen mit der Schnittstelle zu Elster zusammen
- Friedhofsgebühren: Die bis 2022 praktizierte Gebührenordnung war nicht kostendeckend, eine neue Gebührenordnung dringend notwendig
- Finanzsituation und Verschuldung: Klartext von Herrn Eckl in letzter Ausschusssitzung, Ende 2024 vermutlich ca. 60 Mio. Verschuldung. Gewerbesteuer stagniert auf Niveau der letzten Jahre, gleichzeitig aber Kostensteigerungen in anderen Bereichen: Kreisumlage, Zinsen und Personalkosten steigen. „Stabilitätshilfen“ werden ein wichtiges Thema in der nächsten Zeit. Voraussetzung dafür wäre jedoch, den Haushalt bis April fertig zu bekommen.

Empfehlen einstimmig die vorbehaltlose Entlastung der Verwaltung.

Joachim Bender (SPD): Anmerkungen bei Betrachtung des Schuldenstandes: Sowohl Ende 2012 als auch 2023 bei 54 Mio. In diesen Zeiten wurden immense Investitionen getätigt, u. a. beim Waldbad. Große Anstrengungen seien nötig, den Haushalt hinzubekommen.

☞ Den Beschlussvorschlägen 1) und 2) wurde jeweils einstimmig zugestimmt

TOP Ö 2: Antrag Bürgerversammlung: Schaffung einer Kindertagesstätte im Stadtteil Kempfenhof

Beschlussvorschlag: Der Bericht dient zur Kenntnis.

Andreas Eckl (Finanzreferat): Es könne leider derzeit noch wenig dazu gesagt werden. Der Stadtteil Kempfenhof werde ebenfalls in Überlegungen zu neuen Standorten mit einbezogen.

Michael Göth (SPD): Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen besteht, mehrere Standorte werden betrachtet werden, auch Kempfenhof.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 3: Kommunale Verkehrsüberwachung; a) Antrag in der Bürgerversammlung vom 07.12.2023, TOP 3 e) b) Abschluss Zweckvereinbarung

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat der Stadt Sulzbach-Rosenberg nimmt die Ausführungen der Verwaltung in der Sachdarstellung zur Kenntnis.

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): In 2022 und 2023 Beschlussvorschläge unterbreitet. Thema Zuständigkeitsverordnung: Gemeinden zuständig für Ahnung und Verfolgung beim ruhenden und teilweise fließenden Verkehr, Nach alter Rechtslage sachlich begrenzt auf ruhenden Verkehr. Nun geänderte Rechtslage: Auch für Ordnungswidrigkeiten zuständig, nicht nur Verwarnungen. Der Abstimmungsprozess mit der Polizei, inwieweit sachliche Begrenzung auf Verwarnungen möglich sei, ist noch nicht abgeschlossen. Warten auf Ausführungen der Polizeidirektion.

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Mit Polizeidirektion telefoniert, ob beschlossenes Konstrukt praktikabel ist, rechtliche Seite werde geprüft. Falls es möglich ist, dass nur Verwarnungen mit städtischem Personal möglich seien, ist dies personell im gesamten Stadtgebiet nicht umsetzbar.

Ralf Volkert (SURO2030): Haben beschlossen, fließenden Verkehr an Zweckverband zu übertragen, ruhenden Verkehr auszunehmen

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Ruhender Verkehr weiterhin Aufgabe der Stadt. Es müsse nun geklärt werden, welche räumlichen und sachlichen Abgrenzungen möglich seien.

Michael Schulz (FWU): Im November bei einer Verkehrsschau an einer Stelle außerhalb des Innenstadtgebiets Parkprobleme festgestellt, um die sich Polizei kümmern soll. Ausweitung der Überwachung des ruhenden Verkehrs nicht problematisch, ab 1. April fließenden Verkehr dem Zweckverband übergeben.

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Zweckvereinbarung müsse getroffen werden. Fließender Verkehr damit geregelt, Thema ruhender Verkehr müsse geprüft werden.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Komplette Überwachung des ruhenden Verkehrs nicht zielführend, es müsse auch an geschäftstreibende gedacht werden. An neuralgischen Punkten müsste gezielt durch Polizei überwacht werden.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 4: Radwegekonzept - Antrag in der Bürgerversammlung vom 07.12.2023 Top 3 b)

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Ausführungen des Referats für Bürgerangelegenheiten zur Kenntnis.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Möchte, dass das Thema in den Bauausschuss verwiesen werde, um Anregungen aus dem Radverkehrskonzept weiter zu diskutieren. Maßnahmen aus dem Konzept können nicht strikt abgearbeitet werden.

Joachim Bender (SPD): Muss Stadtrat vorbehalten sein, Prioritäten zu setzen. Es müsse aber jährlich was gemacht und Prioritäten gesetzt werden. Entweder in Steuerungsgruppe oder Bauausschuss verweisen.

Michael Göth (SPD): Inhalte des Antrags auch Teil des Radverkehrskonzeptes

Ralf Volkert (SURO2030): Richtig, alle drei Punkte stammen aus dem Radverkehrskonzept. Sind der Meinung, dass diese auch im Konzept vorne in der Priorität liegenden Maßnahmen und kostengünstig bis kostenneutral seien. Kein Grund, diese drei Sachen in Ausschuss oder Steuerungsgruppe zu verweisen, wenn Baureferat die Kapazität dafür frei hat. Eine zeitnahe Umsetzung würde dem Eindruck entgegen wirken, dass das Konzept ein schlafender Tiger in der Schublade sei. Anmerkung zum 3. Punkt: Ist so nicht im Konzept, würde sich dazu zur Maßnahme aus dem Radverkehrskonzeptes aussprechen. Schnellstmögliche Umsetzung wäre gutes Signal. Es geht nicht um ein Radwege-, sondern um ein Radverkehrskonzept.

Michael Schulz (FWU): Bei Verkehrsschau wurde die Dieselstraße vorrangig betrachtet, diese könne mit hereingenommen werden. Solle im Ausschuss zügig behandelt werden, Umwidmung von Einbahnstraßen seien schnell umsetzbar.

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): Die private Organisation Umweltinitiative hat sich ihre Gedanken gemacht, was man verändern könne. Die Umwidmung der Konrad-Mayer-Straße in eine Fahrradstraße solle auf jeden Fall in Angriff genommen werden, das kostet nichts. Vorgeschlagene Maßnahmen sollen zur Leitlinie erhoben werden.

Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS): Handlungshoheit solle in den Gremien der Stadt bleiben, Es sei Ziel führend, keine Schnellschüsse zu machen, es sei vorzugsweise in der Steuerungsgruppe eine Priorisierung festzulegen.

Christian Steger (CSU / JU): In der Arbeitsgruppe wurde viel Gutes erarbeitet. Vorschlag, damit in beschließenden Bauausschuss zu gehen, und dort Nägel mit Köpfen machen.

Ralf Volkert (SURO2030): Frage an Verwaltung zum Förderprogramm Stadt & Land?

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Kann dazu nichts sagen. Rechtliche Grundlage der Umsetzung müsse noch behandelt werden.

Petra Schöllhorn (Baureferat): Förderprogramm existiert, habe aber keine Kenntnis über den Füllstand. Ein Förderantrag würde nach beschlossenen Maßnahmen gestellt werden.

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 5: Lichtverschmutzung / Earth Night 2024; Antrag in der Bürgerversammlung vom 07.12.2023, TOP 3 b)

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 15.02.2024, Az.: 17/Schö/pil – Lichtverschmutzung, zur Kenntnis und beschließt a) den Inhalt des Antrags umzusetzen b) den Inhalt des Antrags nicht umzusetzen

Michael Göth (SPD): „Earth Hour“ seit 2015 im Stadtgebiet

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Gehört nicht als TOP in den Stadtrat, das ist Thema der laufenden Verwaltung bzw. Thema für den 1. Bürgermeister als Dienstherr im Rahmen seiner Amtsbefugnis

Gerd Geismann (SPD): Bei allen Einsparmöglichkeiten bitte auch Sicherheit der Personen beachten, v. a. Frauen

Michael Göth (SPD): Wurde immer gemacht

Günter Koller (CSU / JU): Frage, ob Licht an/aus technisch so einfach möglich sei

Michael Göth (SPD): Wurde geprüft, ist umzusetzen

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 6: Hochwasserschutz Sulzbach-Rosenberg; Antrag in der Bürgerversammlung am 07.12.2023, TOP 3 c)

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 02.02.2024, Az.: IV-6451/Mal/pil – Hochwasserschutz, zur Kenntnis und ist mit der geschilderten Vorgehensweise einverstanden.

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): Der Antrag aus der Bürgerversammlung wurde in der Sitzungsvorlage auf einen Satz reduziert, hätte der Antrag der BV nicht in die Sitzungsvorlage übernommen werden können?

Michael Schulz (FWU): Antragsteller hat Fristen genannt, die auch zum Antrag in 2006 nicht eingehalten wurden. Würden die Fristen in der Sitzungsvorlage heraus genommen, weil man sie ohnehin nicht einhalten könne?

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 7: Aufstellung mehrerer Hundekotbeutelspender mit Abfallbehälter für Kotbeutel im Dorf Kempfenhof und Naherholungsgebiet Obere Wagensass; Antrag in der Bürgerversammlung am 07.12.2023, TOP 3 g)

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 07.02.2024, Az.: IV-176/S-K/pil – Hundekotbeutelspender, zur Kenntnis und beschließt a) keine zusätzlichen Hundekottütenspenden mit Abfallbehälter aufzustellen und b) kostenlose Hundekotbeutel zum Abholen zur Verfügung zu stellen.

Michael Schulz (FWU): Skeptisch wegen Standorten, wo Spaziergänger mit Hunden unterwegs seien. Warum wurden die Tiefbauarbeiten so hoch dotiert?

Petra Schöllhorn (Baureferat): Kosten dafür wurden beim Bauhof angefragt und sind so mitgeteilt worden

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Rücksicht auf Hundebesitzer, aber auch vorhandene Situation betrachten. Bereits sehr viele Mülleimer im gesamten Stadtgebiet, hohe laufende Kosten zu deren Leerung. Eigenverantwortung von Hundebesitzern abverlangen, Kot sachgerecht zu entsorgen.

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): Im Stadtgebiet mehrere „Hunderennbahnen“, evtl. an diesen 5 - 10 Stellen Spender aufstellen? Nicht alle Hundehalter sind bereit den Hundekot wieder einzusammeln, deshalb die Frage was es bringen würde weitere Hundekotbeutelspender und Abfallbehälter aufzustellen.

Joachim Bender (SPD): Sind gegen zusätzliche Spender und Abfallbehälter, Beutel könnten im Rathaus kostenlos ausgegeben werden. In der Wagensass lägen die gefüllten Beutel 20 Meter neben dem Mülleimer im Wald.

Florian Bart (CSU / JU): Es geht nicht um die kleinen Beträge, wir geben auch keine Windeln oder Behälter für sonstige Abfälle kostenlos aus. Diese Beutel gehören zum laufenden Unterhalt der Hundehaltung.

☞ Dem Beschlussvorschlag a) wurde einstimmig zugestimmt, Beschlussvorschlag b) gegen drei (?) Stimmen angelehnt

TOP Ö 8: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 42. Sitzung des Stadtrates vom 23.01.2024

Kommunale Wärmeplanung der Stadt Sulzbach-Rosenberg; Beauftragung Energieplanung - Datenerhebung: Im Rahmen der KWP Sulzbach-Rosenberg wurde der Auftrag für die Energieplanung - Datenerhebung an die Firma ENEKA Energie & Karten GmbH, Rostock vergeben

TOP Ö 11: Anfragen

Hildegard Geismann (SPD): Kohlbrückerl „aus Sicherheitsgründen“ gesperrt? In wessen Besitz ist die Brücke?

Michael Göth (SPD): Brücke liegt auf Privatgrundstück, und war eine Privatspende. Kann nichts zum Unterhaltungspflichtigen sagen

Rauch: Termin Waldbaderöffnung?

Michael Göth (SPD): Termin 15. April steht, Baumaßnahmen werden jedoch sicher noch nicht fertig sein.

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Vorher Termin mit Bademeiser, was geöffnet und was abgesperrt werden müsse.

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Ergänzung: Erfolgreiche Eröffnung des neuen Waldbades in 2023, Rückblick bzgl. Besucherzahl der Öffentlichkeit kommunizieren?

Michael Schulz (FWU): Anfrage bzgl. Absperrung im Stadtgraben / Absperrung beim „Saustechen“?

Petra Schöllhorn (Baureferat): Absperrschilder lehnen nur an der Wand vom letzten Sonntag, sind noch nicht abgeholt worden.

Günter Koller (CSU / JU): Bürger wollte in Tiefgarage Dauerparkplatz für Zweirad mieten, was nicht möglich war, warum nicht?

Armin Wolf (Stadtwerke): (Motorisierte) Zweiräder können nicht in der Tiefgarage parken, da die Schranke von Zweirädern nicht bedient werden könne.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Straßenzustandserfassung: In Oberer Gartenstraße liegen heraus gebrochene Asphaltbrocken, weitere Straßen im Stadtgebiet vermutlich in ähnlichem Zustand. Müsse zeitnah angeschaut und gelöst werden.

Michael Göth (SPD): Großenteils Frostschäden, müsse nach dem Winter gemacht werden.

TOP Ö 12: Verbesserung der Verkehrsführung im Wohngebiet Oberschwaig durch eine neue Straßenanbindung für Waldbad und Jahnschule mit gleichzeitiger Entlastung des Wohngebiets vom Durchfahrtsverkehr

Michael Göth (SPD): Vorschlag, den Antrag in den Planungsausschuss zu verweisen

Joachim Bender (SPD): Müssen wir den Antrag überhaupt weiterleiten? Warum nicht gleich abstimmen? Sehen mehrere Probleme: i) Keine Verkaufsbereitschaft von Grundstückseignern, 2) Hohe Kosten, 3) Wer würde diese Straße benutzen? Keiner würde erst ins Industriegebiet fahren und dann ins Waldbad, kaum Auslastung bis auf wenige Tage im Jahr. Sei falsch, so etwas in der jetzigen Zeit zu fordern. Bestehende Parkflächen müssen frei gemacht werden, dann stünden 30 zusätzliche Parkplätze zur Verfügung. Neuer Straßenbau nicht erfolgsversprechend.

Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU): Stimmt Darstellung von Bender zu. Die Grundintention ist verständlich, die Parksituation problematisch. Müssen die Möglichkeit weiterer Parkplätze prüfen. Die Einbahnstraßenregelung aufzuheben wäre bei starkem Betrieb eine Katastrophe. Jetzige Haushaltssituation lässt Straßenneubau nicht zu. Thema zusätzlicher Parkflächen dem Liegenschaftsamt als Hausaufgabe mitgeben.

Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS): Der Antrag ist umfänglicher als es hier zur Sprache kam. Auch eine Verkehrsverbesserung im Wohngebiet sei ein Thema, ohne zeitliche Vorgabe gegeben zu haben. Haben umfängliches Konzept beantragt. Antrag solle heute nicht mit einer Hand weg gewischt werden, sondern in Gremium der Stadt (Planungsausschuss) verwiesen und ausführlich behandelt werden.

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): Sehen es ähnlich wie Bender und Fröhlich, angedachte Straßenführung würde kaum benutzt werden, über den Antrag solle heute entschieden werden.

Bettina Moser (SPD): Sehe eine Möglichkeit, das Thema zu entzerren: Die neue Buslinie 422 bis Waldfriedhof könne evtl. in den Sommermonaten eine Bushaltestelle weiter fahren um Badegäste mitzunehmen? Bereits entsprechenden Vorschlag gemacht, aber noch keine Rückmeldung. Evtl. nochmals mit ZNAS Kontakt aufnehmen?

Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Sollten dem Ganzen näher treten. Muss nicht heuer sein, aber es müsse dort etwas passieren. Solle heute nicht einfach weg gewischt werden.

Ralf Volkert (SURO2030): Möchte Fröhlich, Bender und Moser zustimmen. Die Attraktivität des ÖPNV zu stärken müsse schnell gehen. Die Belastung für die Anwohner steigt mit der Beliebtheit des Waldbades. Auch im Hintergrund der klimatischen Veränderungen sind Änderungen der Mobilität nötig.

è Dem Beschlussvorschlag, den Antrag nicht weiter zu verfolgen und dafür Kontakt mit dem ZNAS aufzunehmen, wurde gegen 3 Stimmen (FDP / FWS, DIE LINKE) zugestimmt

Es folgten Ansprachen des 2. Bürgermeisters Günter Koller sowie den Vorsitzenden aller Fraktionen zum Ausscheiden von Michael Göth aus dem Amt des Bürgermeisters, sowie eine Ansprache von Michael Göth an den Stadtrat. Auf eine gekürzte Widergabe hier im Protokoll wird verzichtet, da sie dem Wortlaut nicht gerecht werden würde.

Gez. Christian Koch, 27.02.2024